

# Jede fünfte Wohnung in Uster soll künftig bezahlbar sein

**Uster** Der Seniorenrat Uster fordert von der Stadt mehr bezahlbaren Wohnraum. Ein Thema, das seit Jahren immer wieder auf dem Tisch der städtischen Politik liegt.

**Marie Fredericq**

Am 5. Oktober wurde die Einzelinitiative «Preisgünstiger Wohnungsbau für Uster» bei der Stadt Uster eingereicht.

Um der Knappheit von bezahlbaren Wohnungen im Raum Uster entgegenzuwirken und für eine Zukunft mit immer älter werdenden Bürgerinnen und Bürgern vorbereitet zu sein, fordert die Einzelinitiative künftig 20 Prozent aller Ersatzneubauten oder Neubauwohnungen im preisgünstigen Segment gemäss kantonaler Wohnbauförderung zu errichten.

Für eine entsprechende Umsetzung brauche es planerische Leitplanken – die Initianten fordern von der Stadt Uster, die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente viel entschiedener zu nutzen.

## Immer weniger bezahlbarer Wohnraum verfügbar

«Die Lage ist dringlich», erklärt Heidi Longeric, Mitinitiantin der Initiative und Präsidentin des Seniorenrats Uster. Mehrere der Initianten sind Mitglieder des politisch unabhängigen Vereins. Dieser vertritt die Interessen älterer Menschen von Uster gegenüber der Öffentlichkeit, politischen Gremien und weiteren Institutionen.

«Besonders ältere Personen sind von der spärlichen Wohnungssituation in Uster betroffen», sagt Longeric. Es gäbe kaum preisgünstige Wohnungen, die eine altersfreundliche Infrastruktur aufweisen. «Neue Bauprojekte werden oft so geplant, dass darin moderne Wohnungen im höheren Preissegment entstehen», so Longeric.

Damit bleibe kaum Platz für Haushalte mit tieferen Einkommen, für junge Familien oder ältere Menschen, die nicht in der Lage sind, so hohe Mietpreise zu bezahlen. Dieser Umstand zwingt Familien zum Wegzug und ältere Personen unfreiwillig zum

frühzeitigen Übertritt in ein Heim. «Ich habe gerade erst von jemanden die Rückmeldung bekommen, er habe nach drei Jahren Suche einer passenden Wohnung in Uster letztlich in den Kanton Thurgau ziehen müssen», erzählt Longeric. Die genannte Person sei auf eine rollstuhlgängige Wohnung angewiesen – in entsprechender Grösse und zu bezahlbaren Preisen habe sie in Uster kein Glück gehabt.

## Initiative soll entgegenwirken

Es fehle an Wohnraum für die erwähnten Bevölkerungsgruppen – trotz aktueller Neubauprojekte wie den geplanten gemeinnützigen Wohnungen auf dem Zeughausareal oder der kürzlich bezogenen Residenz Stadtpark für ältere Personen.

Die nun eingereichte Einzelinitiative fordert konkrete Massnahmen, um die Förderung von preisgünstigem Wohnraum zu sichern. Damit nimmt sie das Anliegen auf, das bereits 2022 vom Gemeinderat Uster angenommen wurde. Im damaligen Postulat «mehr preisgünstigen Wohnraum in Uster» hiess es wie folgt: «Der Stadtrat wird beauftragt, die anstehende Revision der Ortsplanung auch zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum zu nutzen und dem Gemeinderat eine Änderung der Bau- und Zonenordnung vorzulegen.»

Bereits 2014 hatte das Zürcher Stimmvolk mit 58 Prozent Ja-Stimmen eine Änderung des Planungs- und Baugesetzes betreffend einer Festlegung des Mindestanteils von preisgünstigem Wohnraum zugestimmt. Damit verfügen die Gemeinden über die gesetzliche Möglichkeit, preisgünstiges Wohnen gezielt zu fördern.

## Eine Stimme fehlt noch

Damit die nun eingereichte Einzelinitiative vor den Stadtrat



Neue Wohnungen sind oft zu teuer für ältere Menschen, Haushalte mit tiefen Einkommen oder junge Familien. Archivfoto: Christian Merz

kommt, bedarf es der vorläufigen Unterstützung von mindestens zwölf Mitgliedern des Gemeinderats. Anschliessend muss der Stadtrat eine Umsetzungsvorlage ausarbeiten. Abschliessend würde das Volk über den Entscheid abstimmen. Mit acht Gemeinderäten der SP und vier Gemeinderäten der Grünen hätten die Initianten bereits genügend Unterstützer, um die Initiative vor den Stadtrat zu bringen

– da Gemeinderatspräsident Patricio Frei von den Grünen jedoch nicht mitstimmen kann, muss eine weitere Stimme aus dem Gemeinderat gefunden werden, welche die Initiative unterstützt. «Unser Anliegen wurde eben erst veröffentlicht», so Longeric. «In den kommenden Wochen werden wir Gespräche mit den Gemeinderäten suchen.»

Aus dem linken Lager gibt es bereits positive Rückmeldungen

zur Einzelinitiative. «Wir sehen das Problem als sehr akut», sagt Gemeinderat Marco Ghelfi (Grüne). Obwohl in Uster viel gebaut werde, gebe es nicht genügend preisgünstige Wohnungen. «Wir unterstützen das Vorhaben, dass die Gemeinde einen spezifischen Anteil an bezahlbaren Wohnungen bauen muss, und nicht nur kann», so Ghelfi.

«Wir stehen als Partei voll hinter der Initiative», sagt Ange-

lika Zarotti, SP-Fraktionspräsidentin. Sie sieht die aktuelle Wohnungslage ebenfalls als sehr akut – für viele Menschen aus der Bevölkerung stellen die hohen Mieten ein existenzielles Problem dar. «Deshalb ist die Initiative absolut notwendig», so Zarotti.

Die Mitte und die bürgerlichen Parteien waren bisher nicht für eine Stellungnahme erreichbar.